

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Stephan Keller
Marktplatz 2
40213 Düsseldorf

Offener Brief

Umbau des Konrad-Adenauer-Platzes: Barrierefreiheit statt Risikoplanung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Keller,

nach mehr als zwei Jahrzehnten Verhandlung haben sich die Landeshauptstadt Düsseldorf und die Deutsche Bahn AG auf eine Neugestaltung des Konrad-Adenauer-Platzes geeinigt. Der Stadtrat hat die Weichen gestellt, um diesen zentralen Mobilitätsknotenpunkt aufzuwerten, die Bahnsteige barrierefrei auszubauen und den Radverkehr zu stärken. Was auf den ersten Blick wie ein moderner Stadtumbau wirkt, erweist sich bei den Details der Verkehrsführung als grobe Fehlplanung.

Die geplante Querung für den Radverkehr parallel zum Bahnhofsgebäude birgt erhebliche Risiken für alle Passanten. Die Verantwortlichen in der Stadtspitze sowie die Ratsfraktionen von CDU und Grünen verweigern an dieser Stelle eine konsequente, barrierefreie Trennung der Verkehrswege. Eine angedachte Einhausung der Radspuren klingt nach einer eleganten Lösung, blendet die Realität vor Ort jedoch völlig aus. Eine solche Konstruktion funktioniert nur, wenn sich alle Verkehrsteilnehmer strikt an Regeln halten. Die Erfahrungen von der Schadowstraße zeigen längst, dass genau das im Alltag fehlschlägt.

Am Düsseldorfer Hauptbahnhof treffen täglich rund 250.000 Menschen aufeinander, an Messetagen ein Vielfaches davon. Auf dieser Fläche überschneiden sich die Wege von Fußgängern, Radfahrern, Reisenden mit Gepäck sowie Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.

Eine unübersichtliche Führung führt zwangsläufig zu gefährlichen Konflikten. Barrierefreiheit bedeutet nicht nur stufenlose Wege, sondern auch visuelle und bauliche Klarheit, die allen Beteiligten Schutz bietet.

Der Sozialverband VdK NRW Kreisverband Düsseldorf hat diese Gefahren im Runden Tisch Verkehr und bei städtischen Veranstaltungen wiederholt dargelegt. Die Einwände stützen sich auf geltendes Recht: Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes sowie das Behindertengleichstellungsgesetz verpflichten die öffentliche Hand zu Diskriminierungsfreiheit und echter

Teilhabe. Wer diese Vorgaben in der Fachplanung übergeht, riskiert rechtlich angreifbare Ratsbeschlüsse.

Bis zur geplanten Vergabe im Jahr 2031 bleibt ausreichend Zeit, die Fehlentscheidungen zu korrigieren. Sonntagsreden über die Einbindung von Behindertenverbänden helfen nicht weiter, wenn deren Bedenken in der Praxis ignoriert werden. Es braucht eine neutrale Bedarfsanalyse, die den Fuß- und Radverkehr auf dem Bahnhofsvorplatz baulich klar voneinander trennt, anstatt Risiken schönzureden. Parteipolitische Zugeständnisse dürfen die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger nicht gefährden.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Keller, Sie tragen die Verantwortung für eine Stadtentwicklung, die allen Menschen gerecht werden muss. Nutzen Sie den zeitlichen Spielraum bis zum Baubeginn und setzen Sie sich persönlich für eine Nachbesserung der Pläne ein.

Eine strikte bauliche Trennung von Fuß- und Radverkehr bringt entscheidende Vorteile für ganz Düsseldorf: Sie garantiert echten Schutz für Mobilitätsbeschränkte, verhindert Unfälle an einem der belebtesten Orte der Stadt und sorgt für einen flüssigen, sorgenfreien Personenstrom.

Eine Umplanung vermeidet spätere, teure Nachbesserungen und macht den Hauptbahnhof zu einem Aushängeschild für gelungene, uneingeschränkte Barrierefreiheit.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Jeromin
Kreisverbandsvorsitzender

Norbert Zielonka
stellvertretender
Kreisverbandsvorsitzender